

# Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werthhäftigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pf. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die vierspaltige Beilage oder deren Raum 15 Pf. für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pf. auswärtige Anzeigen 20 Pf. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 253.

Sonnabend, den 28. Oktober 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

## Zur Aufklärung.

Vor dem Parteitag in Jena, in gemeinschaftlichen Sitzungen des Parteivorstandes, der Presbrommission und Redaktion am 1. und 8. September, wurden unter allseitiger Zustimmung die Redaktionsverhältnisse geregelt, nachdem sich die Notwendigkeit herausgestellt hatte, für die Differenzen der Mehrheit und der Minderheit der Redaktion einen Weg des Ausgleiches zu schaffen.

Die Vorgänge auf dem Parteitag in Jena, wo übrigens in den zur Debatte stehenden Parteifragen die Anschauungen der „Vorwärts“-Mehrheit durchweg als Parteimeinung anerkannt worden sind, wurden allgemein so aufgefaßt und mußten so aufgefaßt werden, daß sie den Abschluß der lebigen internen Parteifreitigkeiten bedeuteten.

Trotzdem begann unmittelbar nach dem Parteitag der Vorstand geheime Beratungen zunächst mit den Parteifunktionären von Groß-Berlin, sodann mit der Presbrommission. Für diese Sitzungen, die unter Ausschluß der Redaktion stattfanden, wurde strenges Schweigegebot aufgelegt — eine Methode, die in der Partei wohl noch niemals angewendet worden ist.

In diesen Sitzungen machte der Parteivorstand zunächst den Vorschlag, zwei Redakteure des „Vorwärts“ sofort, einen dritten bei Gelegenheit zu kündigen. Als Ersatz wurde u. a. der Genosse Stadthagen für die Bearbeitung des Kommunalen u. Angelegenheiten in Aussicht genommen. Ferner sollte die Genossin Luyemburg mit dem Recht einer gewissen Zwangsmaßnahme ihrer Artikel und einem Privileg hinsichtlich der redaktionellen Kontrolle als händige Mitarbeiterin eingestellt werden. Außerdem wurde in der ersten Sitzung des Parteivorstandes und der Presbrommission der jährliche Korrektor des „Vorwärts“ Stelle für einen Redaktionsposten aussersehen, der seit Jahren hinter dem Rücken der Redaktion Korrespondent der „Lübiger Volkszeitung“ ist. Die Presbrommission schlug dann ihrerseits die Kündigung eines anderen Redakteurs vor.

Für die unterzeichneten Redakteure war weder die grundlose Kündigung der für diese Aktion aussersehenen Kollegen noch die Ausbreitung eines mit Ausnahmestellen ausgestatteten Mitarbeiteres, noch endlich die Einstellung Stadthagens annehmbar, weil, abgesehen von anderen Gründen, ein geistliches Kollegiales Zusammenarbeiten unmöglich schien. Die geplanten Kündigungen mußten sie gerade deshalb als unbillige Maßregeln auflassen, weil die für die politische Haltung des Bannes in erster Linie verantwortlichen Kollegen auf der Vorschlagsliste des Vorstandes nicht standen.

Indessen waren diese sachlichen Einwendungen gegen die geplanten, zwar geheim gehaltenen, den Redakteuren aber doch bekannt gewordenen Veränderungen im Personal des „Vorwärts“ zunächst für die Unterzeichneten noch nicht entscheidend; was die unterzeichneten Redakteure aber sofort zum schärfsten Protest herausforderte, war das in der Sitzung des „Vorwärts“ und der Parteipresse noch nicht erhobte formale Verfahren des Parteivorstandes. Bisher wurden alle Angelegenheiten der Redaktion in gemeinschaftlichen Beratungen von Vorstand, Presbrommission und Redaktion, unter gelegentlicher Hinzuziehung der Funktionäre, beraten und entschieden. So lange Verleumdung lebte, unter dessen Leitung übrigens die Redaktion bereits genau in derselben Weise demokratisch organisiert war, wie gegenwärtig, hatte er nach dem Beschluß des Halle'schen Parteitages das Recht der Teilnahme an den Sitzungen des Vorstandes. Nach seinem Tode wurde das gleiche Recht einem Vertreter der Gesamtedaktion eingeräumt und auch bei redaktionell interessierenden Anlässen ausgenutzt. Niemals aber wurde die Redaktion von den gemeinsamen Beratungen der Aufsichtsinstanzen des „Vorwärts“ über Angelegenheiten der Redaktion ausgeschlossen.

Die unterzeichneten Redakteure wurden nun zu der ersten Sitzung des Parteivorstandes und der Berliner Funktionäre am 2. Oktober, in der ohne bestimmte Vorschläge im allgemeinen schärfste Maßregeln angeordnet worden sind, überhaupt nicht eingeladen. Zur ordentlichen Sitzung der Presbrommission am 6. Oktober war die Redaktion formell eingeladen, sie erschienen auch, es wurde ihr aber, nachdem offenbar der Vorstand seinen Wunsch kundgegeben, allein mit der Presbrommission zu verhandeln, bedeutet, daß sie sich zu entfernen habe. Über diese Verhandlungen wurde strenges Schweigegebot den Teilnehmern auferlegt.

Da die unterzeichneten Redakteure nicht zu den Teilnehmern gehörten, waren sie an das Schweigegebot nicht gebunden. Und da sie inzwischen erfahren hatten, daß es sich um wichtige Veränderungen in der Redaktion handelte, erhoben sie am 10. Oktober beim Parteivorstand Protest gegen ihre Nichtzulassung. Niemand bestritt dem Vorstand das Recht in Gemeinschaft mit der Presbrommission die schließliche Entscheidung zu treffen. Auch unerbittliche Vorberatungen im engeren Kreise zu pflegen, es ist aber nicht nur parteiprogrammatische Forderung, sondern es bedingt

auch die Würde der Parteipresse, daß ohne ehrliche Hinzuziehung der zunächst Beteiligten keine ernstlichen Vorschläge und Entschlüsse zur Reife gelangen können.

Erst am 16. Oktober gab uns der Vorstand auf unseren Protest vom 10. Oktober Bescheid. Genosse Pfannkuch gab uns mündlich die überraschende Auskunft, daß es das gute Recht des Vorstandes sei, nicht nur ohne unsere Anhörung zu entscheiden, sondern auch ohne uns die Beratungen zum Abschluß zu führen. Er fügte hinzu, daß in unserem Falle von diesem guten Rechte Gebrauch gemacht werden würde. Dieser mündliche Bescheid klang uns so unangelegentlich, daß wir noch am selben Tage (16. Oktober) um schriftliche Fassung und zugleich um eine Konferenz mit dem Parteivorstand ersuchten, in der wir wenigstens die Gründe für das geheime Verfahren zu hören wünschten. Am 17. Oktober wiederholten wir dieses Ersuchen unter eingehenden Darlegungen über die bisherige moralische und rechtliche Stellung der Redaktion gegenüber den Aufsichtsinstanzen.

Am 18. und 20. Oktober hielten weitere — mit Schweigegebot ausgestattete — Verhandlungen der Aufsichtsinstanzen stattgefunden — ohne Hinzuziehung der Redaktion.

Am 20. Oktober, abends 9 Uhr, überreichte uns Genosse Pfannkuch endlich den schriftlichen Bescheid auf unseren Protest. Er erklärte in dürren Worten, daß es tatsächlich die Auffassung des Vorstandes sei, daß bei solchen Entscheidungen die Redaktion nicht einmal gehört zu werden brauche. Eine Konferenz, die, wie erwähnt, lediglich dem Zweck dienen sollte, die Gründe für die Geheimhaltung zu erfahren, wurde bewilligt, aber nur unter der Bedingung, daß die Gesamtedaktion davon teilnehmen, also auch die Kollegen, die unserer dringenden Aufforderung, sich dem Protest gegen das formale Verfahren anzuschließen, nicht nachgekommen waren. Wir haben schon in unserem die Kündigung begründenden Schreiben an den Parteivorstand hierzu angekündigt, es sei selbstverständlich, daß nach unserer Meinung alle Redakteure zu den Beratungen in allen Stadien der Verhandlungen zugezogen werden müßten. Als Bedingung der Konferenz aber die Teilnahme aller Redakteure zu stellen, das konnten wir nur als Verhöhnung der Mehrheit auflassen, da wir keinen Einfluß auf die Entscheidung der Minderheit hätten.

Diese Prinzipienklärung, die im Widerspruch mit der ganzen bisherigen Parteipolitik steht, veranlaßte noch am selben Abend die noch anwesenden Kollegen, ihre Kündigung zu beschließen und die Begründung dieses Schrittes schriftlich zu fixieren. Ausdrücklich wurde für sie die Erkenntnis, daß mit dieser neuen Auffassung die Freiheit und Unabhängigkeit der Presse bedroht, wenn nicht verhindert sei, die bisher der höchste Stolz der Partei gewesen und allein den Redakteuren das moralische Recht gab, die Willkürhaftigkeit und Abhängigkeit des kapitalistischen Preßbetriebes zu gesten.

Drei Redakteure erklärten sich noch am 20. Oktober entschlossen, unverzüglich zu kündigen, im Laufe des folgenden Tages wurden die drei anderen unterrichtet und schlossen sich dem Vorgehen an. Am Nachmittage berieten die sechs Kollegen nochmals gründlich die Angelegenheit. Inzwischen war uns bekannt geworden, daß Parteivorstand und Presbrommission sich am 20. Oktober wieder in einer Geheim Sitzung unter Ausschluß der Redaktion geeinigt hatten, einer Konferenz aller Parteifunktionäre Groß-Berlins den Vorschlag zu unterbreiten, der Gesamtedaktion zu kündigen, jedoch einzeln aber freizustellen, sich wieder zu bewerben. Dieser Vorschlag wäre voraussichtlich bereits am Montag angenommen worden. Alle diese verhängnisvollen, unerhörten Pläne wurden geschildert, ohne daß die breitere Parteioffentlichkeit überhaupt eine Ahnung hatte. Nicht einmal die Kreisverbände, denen sonst jede geringfügige Gehaltsaufbesserung unterbreitet wird, waren ins Vertrauen gezogen worden. Unter diesen Ausnahmeständen empfanden wir es als unsere Pflicht der Partei gegenüber, die Massen unserer Genossen zu unterrichten. Daher entschlossen wir uns, nicht nur unsere Kündigung sofort einzureichen, sondern auch unsere Kündigung unverzüglich der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Wir übertraben vielleicht unsere Maßnahme, indem wir auch von der Absicht der Veröffentlichung den Parteivorstand vorher rechtzeitig in Kenntnis setzten. Am Sonntag erschien so die Notiz, die unsere Kündigung mitteilte.

Am folgenden Montag ließen wir unserem Kündigungsschreiben eine ausführliche Begründung folgen. Am selben Abend sahen die Funktionäre von Groß-Berlin den bekanntesten Beschluß; auch zu dieser Sitzung war die Redaktion nicht hinzugezogen. Tags zuvor fand, wie noch erwähnt sei, eine Generalsammlung des Reiches Zetlow-Breskow in Charlottenburg statt, zu der zufällig einer der Unterzeichneten delegiert war. Auf dieser Parteivorstellung gab der Kollege eine ausführliche Darstellung des Sachverhalts mit dem Ergebnis, daß die mehr als 100 Delegierten ein-

stimmig — einschließlich eines Mitgliedes des Parteivorstandes — einen Protest gegen das gegenüber den Redaktionsmitgliedern eingeschlagene Verfahren beschloßen und die Einberufung einer Sitzung verlangten, zu der die Redaktion hinzugezogen werde. Die einzige Gelegenheit also, wo ein Redakteur sich äußern konnte, führte zu dem Ergebnis, daß die Beschwerde der Redakteure einstimmig als berechtigt anerkannt wurde. Der Protest von Zetlow-Breskow wurde am Montag in der Sitzung der Gesamtfunktionäre beraten, und gegen 12 Stimmen abgelehnt, die Redakteure hinzuzuziehen, nachdem sie gelündigt hätten.

So entwickelte sich diese ganze Angelegenheit von Anfang bis zu Ende, ohne daß die zunächst beteiligten Redakteure trotz aller Proteste von den Aufsichtsinstanzen gehört wurden, ohne daß sie einen einzigen Grund für das in der Partei beispiellose Verfahren erfuhren!

Berlin, 25. Oktober 1905.  
Wüttner. Eisner. Grabnauer. Kaliski.  
Schroder. Wehler.

## Erklärung.

Auf den vorstehenden „Aufklärung“ überschriebenen Artikel haben wir zu erwidern, daß wir gemäß dem Beschluß, der in der Sitzung der Parteifunktionäre, der Genossen von Berlin und Umgebung in Gemeinschaft mit uns am 23. d. Mts. gefaßt wurde, uns vorläufig jeder Richtigstellung und Entgegnung enthalten.

Der hier in Frage kommende Beschluß lautet: „Den Parteigenossen soll über die Vorgänge, die zur Kündigung der genannten sechs Genossen und zu dem heutigen Beschluß führten, öffentlich Auskunft gegeben werden, sobald die Verhältnisse in der Redaktion geordnet worden sind.“

Hierzu ersuchen wir die Parteigenossen und die Parteipresse dringend, ihr Urteil über die Vorgänge im „Vorwärts“ bis zu der von uns in Aussicht gestellten Darlegung zurückzustellen.

Es bedarf nicht erst der Versicherung, daß die Berliner Parteifunktionäre und der Parteivorstand sich bei ihrem Handeln voll der Verantwortlichkeit bewußt waren, die sie der Gesamtpartei gegenüber tragen.

Selbstverständlich ist, daß die Teilnehmer der Versammlung, bevor sie ihren Beschluß faßten, Kenntnis von dem Wortlaut des Briefwechsels genommen hatten, welcher zwischen den Genossen im „Vorwärts“, die gelündigt haben, und uns gepflogen wurde.

Berlin, den 25. Oktober 1905.  
Der Parteivorstand.

Wir haben hierzu vorläufig zu bemerken, daß wir selbstverständlich nicht in der Lage sind, mit der Aufklärung der Gründe, aus denen wir gelündigt haben, vor den Parteigenossen zu warten, bis die Verhältnisse in der Redaktion geordnet worden sind.“ Dies bedeutet, der Vorstand will die Aufklärung erst dann geben, wenn die beteiligten Redakteure nicht mehr in der Redaktion sind und die Darlegung ihres Rechtes nicht mehr unmittelbar veranlassen können. Außerdem erhebt bereits die Parteipresse mit Fug den Anspruch auf sofortige Aufklärung!

Die beteiligten Redakteure.

## Wichtige Nachrichten.

### Deutschland.

Zweckloses Beginnen. Breslauer Blättern zufolge fand an der russischen Grenze eine Unterjagung über einen Falle von Grenzverletzung durch russische Beamte statt. Die Feststellungen ergaben die Verantwortlichkeit der von preussischer Seite gemachten Beschwerden und die russischen Vertreter sagten eine entsprechende Bestrafung ihrer Beamten zu. — Es wäre töricht, zu glauben, daß nunmehr die standstilligen Grenzverletzungen aufhören. Die Bestrafung der russischen Grenzbeamten wird schon eine derzeit milde sein, daß sich durch dieselbe ein russischer Grenzbeamter von weiteren Vorwürfen abhalten lassen wird.

Zur Einberufung des Reichstages schreibt eine parlamentarische Korrespondenz: „Nachdem die Verhandlungen über die Reichsfinanzangelegenheiten im Bundesratsausschusse schneller als man gedacht ihrem Ende entgegengehen — man denkt sich noch Ende dieser Woche endgültig auch im Plenum des Bundesrats zur Verhandlung zu bringen — geht man in Regierungskreisen mit dem Gedanken um, den Reichstag schon in der dritten Novemberwoche (14 bis 18. November) einzuberufen, um der Volksvertretung noch vor Weihnachten mehr als vier Wochen Zeit zur Erledigung der ersten Lesung der Finanzgesetze und des Etats, der gleich beim Zusammentritt vorliegen wird, zu geben. Wie wir hören, denkt man den 16. November zu wählen, an

dem der Reichstag die geschäftlichen Angelegenheiten erledigen soll; am 17. November würden Finanzreform und Etat eingebracht werden und dann zum Studium beider Gesetze eine Pause bis zum 20. eintreten, an welchem Tage die erste Lesung beginnt. Bis zum Eintritt der Weihnachtsferien wären dann noch 24 Arbeitstage vorhanden, die für beide erste Lesungen ausreichen. Man ist zu der Ueberzeugung gelangt, daß eine Einberufung in den letzten Tagen des November bei 16 Arbeitstagen nicht vorteilhaft für die Beratung sein würde, da sie dann entweder über das Raie gebrochen oder in zwei Etappen beraten werden müßten. — Selbstverständlich handelt es sich auch bei diesen Angaben nur um Vermutungen, die falsch, die auch richtig sein können. Daß aber noch drei Wochen vor dem vermitteligen Termin der Einberufung völlige Unsicherheit über denselben herrscht, ist eine Rücksichtslosigkeit gegen die Reichstagsmitglieder, die in keinem anderen Staate möglich wäre.

Ueber die neuen Flottenforderungen macht ein Aelter Blatt, dessen Ausführungen möglicherweise auf mehr als nahegelegenen Kombinationen beruhen, allehand Andeutungen. Die Frage der Verstärkung der Auslandsflotte trete heute mehr in den Hintergrund, es gelte in erster Linie die Verstärkung der heimischen Schiffsflotte durchzuführen. Aus diesem Grunde werde der Ausbau der Hochseeflottenpedobootsflottillen in der neuen Flottenvorlage einen größeren Raum als bisher einnehmen, ferner werde eine Vergrößerung des Displacement der Schiffschiffe durchgeführt werden, durch die eine Erhöhung der Kosten für die neuen Schiffschiffe um 50 Proz. eintreten werde. Daburich werde dann wieder die Korrektur des Nordpolflekanals — durch Vertiefung der Fahrinne des Kanals und Umbau der Schleusen — notwendig gemacht werden. — Es kann nicht ausbleiben, daß dies Flottenprogramm in England wiederum als eine gegen die englische Seemacht gerichtete Kränkung aufgefaßt werden wird. Die blöden Prästitionen unserer Weltpolitiker vom Flotten- und Kolonialverein und so alberne Anpassungen Englands, wie sie dieser Tage im „Berliner Tageblatt“ zu lesen waren, können diesen Eindruck nur verstärken. Auch wenn direkte Konflikte mit England vermeiden werden, so kann der Effekt der deutschen Flottenrüstungen nur der sein, daß England seine Rüstungen in gesteigertem Tempo fortsetzt und dadurch wieder den deutschen Weltpolitikern Veranlassung gibt, auch die deutschen Marinerüstungen immer mehr zu forzieren. Die Kosten dieses Wettlaufes hat dann das deutsche Proletariat zu tragen, während die Krupp, Stamm, Dippelbich und Konjorten immer kolossale Profite einheimen!

Der sächsische Landtag ist gestern durch eine Thronrede eröffnet worden.

### Norwegen.

Zur Volksabstimmung. „Verdens Gang“ meldet, es sei wahrscheinlich, daß die Volksabstimmung am 12. November stattfinden werde. Die Regierung werde, wie verlautet, vor der Abstimmung eine Proklamation an das norwegische Volk richten. Es sei sicher, daß die Regierung zurücktreten werde, wenn die Abstimmung gegen sie ausfallen sollte. „Morgenbladet“ zufolge fand Mittwoch nachmittag im Storting eine gemeinschaftliche Beratung der verschiedenen Parteien zur Erörterung des Regierungsvorschlages über die Königswahl statt. Der Vorschlag habe aufeinander von keiner Seite unmittelbare Zustimmung gefunden, aber man hält es bei der gegebenen Sachlage für richtig, dem Vorschlage, der zweifellos mit großer Majorität durchgehen werde, nicht entgegenzutreten.

Die Arbeit der Königswahl. Der von der Regierung in der gehaltenen Stortingssitzung am Mittwoch ergriffene Vorschlag wird darauf hinabgesetzt, daß die Ermächtigung des Stortings für die Regierung gefordert wird, Verhandlungen mit dem Prinzen Karl von Dänemark darüber anzunehmen, daß er die Wahl als König von Norwegen unter der Voraussetzung annimmt, daß das norwegische Volk durch eine Volksabstimmung — ähnlich der Abstimmung vom 13. August — seine Zustimmung zu dem Vorschlage des Stortings und der Regierung gibt. Der Kopenhagener Korrespondent des Stockholmer Dagblad bestätigt, daß Dänemark an der Forderung des Prinzis als Vorkandidat der Thronkandidatur festhält, daß Norwegen aber verantwortlich hierfür nicht einzustehen wird. Für den Fall rechnet man in Norwegen bereits mit der Einführung der Republik. (1)

### Rußland.

Die Revolution. Die Nachrichten aus Rußland lauten von Stunde zu Stunde verunsichert und ernst. Es besteht kein Zweifel mehr, daß sich der Streit der Eisenbahner zu einer Katastrophe auszuwickeln droht, wenn die Regierung nicht nachgibt. Die Arbeiterbewegung greift auch auf andere Berufsstände über; der Verkehr fast gänzlich; in den großen Städten tritt sich das drohende Gepraß einer Hungersnot immer höher und furchtbarer hervor. Aus Petersburg wird gemeldet: Der Eisenbahnenstreik wird händlich ernst. Die Börse und die Banken legen große Verluste an den Tag. Die Verträge an Lebensmitteln sind noch folgende: Weizen 1000 Rubel für 2 Monate, Roggen 1000 Rubel für zwei Wochen vorhanden. Die Futtervorräte sind sehr gering, doch können diese auf den Sommer ergänzt werden. Handel und Industrie erleiden durch die Einführung des Salz- und Postverkehrs enorme Schäden. In den Fabriken wird die Arbeit fast ganz eingestellt, da auch die Ingenieure für den Streik angekündigt haben. Scherz wegen hat sich der Streik auf die Handelswelt ausgebreitet. Die Läden werden geschlossen. In Städtchen Bapts-Donos sind alle Magazine und Läden geschlossen. Das Post- und Telegraphenamt wird militärisch besetzt; die Druckerei arbeitet noch. Mancher wagt auch der Briefverkehr über Russland eingestellt werden, so daß jetzt jede briefliche Verbindung zwischen dem Ausland und Petersburg unterbrochen ist.

Die Zeit der Reichs- und Eisenbahner-Verhandlungen ist für die Eisenbahndirektion in Danzig gut bekannt. Die russische Station Mlawa verweigert infolge Unzufriedenheit des Hauptleiters nach dem Aufstand die Annahme der Grenzzüge. Güter

für Rußland nach und über Mlawa werden daher nicht mehr angenommen.

Nach aus Petersburg kommt folgende amtliche Meldung: Nach aus Petersburg eingetroffenen Mitteilungen werden von gestern früh ab bis auf weiteres keine Züge von Petersburg in Wirballe einreisen und umgekehrt dorthin fahren. Die Lokalzüge von nächstgelegenen Stationen in Wirballe einreisen oder dorthin abgehen, ist abbestimmt. Die Güterüberführungszüge von Gydahnen nach Wirballe und umgekehrt verkehren bis auf weiteres.

Aus Moskau, 26. Oktober, wird telegraphiert: Die Lage verschlimmert sich mit jedem Tage. Die Zahl der Wechselproteste wächst immer mehr. Die Kohlenvorräte für die Fabriken des Moskauer Rayons reichen für einen Monat. Holz ist noch für zehn Tage vorhanden. Vorgesetzter wurden alle Apotheken geschlossen.

Aus Kurland wird gemeldet: Auf Aufforderung der Ausländer hin stellten die Regierungs- und Selbstverwaltungsinstitutionen ihre Tätigkeit ein.

Ein Telegramm aus Charlou, 26. Oktober, meldet: In der hiesigen Universität hatten sich 2000 Personen versammelt, die sich, als das Gebäude von Militär umstellt wurde, darin gegen die Truppen verbarrikadierten. Sie wurden nach längeren Verhandlungen der Professoren mit den Militärbehörden freigelassen. Die beabsichtigte Versammlung wird mit Zustimmung der Obrigkeit unter freiem Himmel abgehalten werden.

In Ralsch und Lody ist der Fabrik- und Eisenbahnverkehr eingestellt. Die Stadt ist ruhig.

Es verlautet aus zuverlässiger Quelle, daß auf dem finnländischen Bahnsteig in Petersburg zwei Baggonz Bomben eingetroffen sind. Als die Polizei ankam, um auf die Bomben Beschlagnahme zu legen, waren diese bereits entleert worden. Die Straßenbahn hat gegen 6 Uhr den Verkehr eingestellt.

Durch einen vom Großfürsten Wladimir gegenzeichneten Kaiserlichen Erlaß sind die Truppen der Garnison Petersburg unter dem Befehl des Generals Trepow gestellt worden. Der Blutband wird schon „arbeiten“.

In den gestrigen Abendstunden war die Universität in Petersburg der Schauplatz einer großen Volksversammlung. Etwa 20000 Personen waren im Hauptsaal, in den Nebensälen und auf dem großen Hofe versammelt, darunter Angehörige aller Stände, Berufs- und Erwerbsklassen. Die Versammlungen verliefen ruhig. Die Ausführungen der Redner wurden überall mit lauten Beifallrufen aufgenommen. Im Hofe sprachen die Führer der Aktionspartei; sie forderten die Anwesenden auf, ihre Lage durch die Anwendung von Gewalt zu klären. Die bisherigen teilweise Zustände haben sich zu einem gewaltigen bereinten Zustand des russischen Volkes entwickelt. Dieser Generalzustand aller sei die Revolution. Man wendete von Seiten der Regierung Waffen gegen das Volk an. Nichts könne mehr helfen die Lage zu klären als die Anwendung von Waffengewalt, auch seitens des Volkes. Während der Reden wurden vom sozialdemokratischen Arbeiterkomitee unterzeichnete Anträge verteilt. Die Versammlungen dauerten bis in die Nacht an.

Nach Meldungen aus Peterhof über die Nachrichten über die Ausbreitung der politischen Bewegung einen höchst ungenügenden Einblick auf das Wesen des Zaren aus. Die Nervosität des Zaren ist aufs höchste gestiegen. Wie ferner bemerkt wird, trägt sich der Zar mit der Absicht, einen Manifest zu erlassen, in dem alle „gut-gewirkten Unterthanen“ aufgefordert werden, sich um den Thron zu scharen und dem Zaren behilflich zu sein, dem „verbrecherischen Treiben der Revolutionäre“ ein Ende zu bereiten. Wir fürchten, die Schär wird kleiner ausfallen, als Nikolaus II. denkt und hofft, und daher möchte er gern sobald wie möglich das Heil in der Flucht suchen. Der Londoner „Standard“ meldet aus Petersburg, der Zar sei im Begriffe, nach Danemark abzureisen, wo er zwei Monate Aufenthalt nehmen wolle, um sich von den Anfechtungen der letzten Zeit zu erholen. Wenn nur die Flucht des Zaren aus Peterhof so leicht ist, wie sie sich der Selbstherrscher aller Reichen denkt!

### Belgien.

Vom Rüstungsstreik scheint man jetzt auch in Belgien gehört zu sein. In der gestrigen Sitzung der belgischen Kammer ergriß der Minister des Innern das Wort und wies auf die internationalen Verpflichtungen und Verantwortungen, die in dem Protokoll des Londoner Vertrages schriftlich niedergelegt sind, der die Neutralität Belgiens gewährleistet. Eine friedliche Rolle sei Belgien zugeteilt, es müsse aber in Stande sein, seine Neutralität zu verteidigen. Die Armee müsse stark genug sein, etwaige Eindringlinge zurückzuweisen. Der Minister erinnerte an Kämpfer, die vorragender ausländischer Staatsmänner, die bezeugen, daß Belgien in der Lage sein müsse, sich gegen einen Ueberfall zu verteidigen. Es sei möglich, daß Belgien der Vöden zum Schauplatz einer Kaiserkrone werden konnte. Der Minister des Innern schloß mit den Worten: „Wenn wir es verstehen, unser Land mit den Verteidigungsmitteln auszustatten, die wir vorschlagen, wird die Kammer ihre Pflicht getan haben, andernfalls wird sie eine schreckliche Verantwortung auf sich laden.“ Der Ministerpräsident Graf de Smet de Roeyer erklärte, die gesamte Regierung schloß sich den vor hohen Patrioten des jenseitigen Wortes des Ministers des Innern an. Was die Hafenstädte betreffe, so verfolge die Regierung das Ziel, die Schifffahrt auf der Schelde zu jeder Zeit und für Schiffe jeder Größe möglich zu machen. In weiteren Verlauf der Sitzung wurde mit großer Mehrheit ein von der Regierung geöffneter Antrag angenommen, nach dem der für morgen bestimmte Sitzung der Tagung verlegt wird, damit über einen Antrag auf Eröffnung eines Sonderausschusses zur Prüfung der Regierungsvorlage Beschluß gefaßt werden kann. — Hoffentlich sorgt das belgische Volk für eine reichliche Abfertigung der Forderungen.

### Frankreich.

Meuterei auf einem Panzerkreuzer. Dem „Echo de Paris“ wird von Marineoffizieren berichtet, daß sich die Mannschaft des Panzerkreuzers „Dupetit-Loup“ auf der Fahrt von Toulon nach Saigon am 26.

September gegen ihre Offiziere anfaelehnt habe. Insbesondere seien zwei diensthabende Offiziere von den Matrosen beim Appell beschimpft worden. Vier Räteführer wurden festgenommen und in Ketten gelegt, jedoch von ihren Kameraden befreit, die sodann auf Deck die „Internationale“ anhielten. Als Grund der Meuterei gab die Mannschaft schlechte Kost an.

### Albed und Hamburggebiete.

Freitag, den 27. Oktober.

Der Bezug von baugewerblichen Arbeitern nach Albed ist infolge großen Angebots von einheimischen Arbeitskräften vorläufig noch fernzuhalten.

Zur Arbeitsniederlegung am Postneubau wird uns geschrieben: Am 25. Oktober, morgens 9 1/2 Uhr, legten am Neubau der Post 7 Maurer und 13 Bauarbeiter die Arbeit nieder. An diesem Bau, der auch von Steuergrößen der arbeitenden Bevölkerung errichtet wird, arbeiten unter andern auch 3 Italiener, ferner 3 weitere Arbeiter, die während des hier stattgehabten Streiks der Maurer den Arbeitswilligen spielten. Es soll nun im Laufe der letzten Tage Schutzbau dieser nützlichen Elemente zertrümmert worden sein. Der Verdacht, diese Frevelthat verübt zu haben, fiel nun, wie's auch nicht verwunderlich erscheinen kann, auf die am Bau beschäftigten organisierten Arbeiter. Wohl wurde dieser Verdacht nicht in lauter Weise den organisierten Arbeitern gegenüber geäußert, aber die Vorgänge, die sich nach der Tat auf dem Bau ereigneten, waren derartiger Natur, daß sich die organisierten Arbeiter getroffen fühlen mußten, und deshalb ein Zusammenarbeiten mit solchen Leuten nicht für rätlich hielten, sondern die Arbeit einstellten. Die Sache ist jedoch nunmehr geregelt.

Zur Bürgerrechtswahl schreibt das Amtsblatt: „Der Vaterstädtische Verein wird für beide städtische Wählerabteilungen Kandidaten benennen, wie er dies in seiner Generalversammlung beschlossen hat. Wie weit sich die seit Jahren als zweckmäßig anerkannte Art der Wahlvorbereitungen des Vaterstädtischen Vereins nach Einführung des neuen Wahlgesetzes bewähren wird, muß die diesmahlige Wahl ausweisen.“ — Hoffen wir, daß der Vaterstädtische Verein in beiden Wählerklassen recht bittere Enttäuschungen erleben wird. Und dazu kann es kommen, wenn alle Genossen und Arbeiter auf dem Posten sind. Weiter schreibt das Amtsblatt: „Von den übrigen, Wahlvorbereitungen betreibenden Vereinen hat nur der sozialdemokratische Verein bisher eine Kandidatenliste festgestellt. Ob von dieser Seite auch eine Vorschlagsliste für die erste Abteilung aufgestellt wird, scheint nicht sicher zu stehen.“ — Hierzu wollen wir nur bemerken, daß der Sozialdemokratische Verein in unzweideutiger Weise beschlossen und diesen Beschluß auch veröffentlicht hat, daß er in beiden Abteilungen Kandidaten aufstellt. Die Namen derselben sind i. St. bekannt gegeben worden.

Woran die Bürgerrechtsvermehrungsverfächtungsvorlage des Senats scheiterte. Dem „Hamb. Corresp.“ wird berichtet: Am 25. September d. J. beantragte der Senat bei der Bürgerschaft einen Nachtrag zu dem Gesetz, betr. das Lübedische Staatsbürgerrecht. Danach sollte jeder volljährige oder für volljährig erklärte männliche Angehörige des Lübedischen Freistaates, welcher seit mindestens fünf aufeinanderfolgenden Jahren seinen Wohnsitz im Lübedischen Staatsgebiete hat und während dieser Zeit alljährlich Einkommensteuer bezahlt hat, sofern und solange ihm nicht die Fähigkeit zu Bekleidung öffentlicher Ämter oder die bürgerlichen Ehrenrechte aberkannt sind oder er unter Polizeiaufsicht gestellt ist, berechtigt sein, die Erteilung des Lübedischen Staatsbürgerrechts zu begehren. Als Nachweis wurde verlangt, daß der Nachsuchende die Lübedische Staatsangehörigkeit besitzt, daß er volljährig oder für volljährig erklärt ist, daß er seit mindestens fünf aufeinanderfolgenden Jahren seinen Wohnsitz im Lübedischen Staatsgebiete hat und daß er während dieser Zeit alljährlich Einkommensteuer bezahlt hat. Dieser Nachtrag gelangte am 25. September infolge vorgeschrittener Zeit nicht mehr zur Beratung. Seit dieser Zeit haben nun mehrere Bürgerchaftsversammlungen stattgefunden, aber der Antrag erschien nicht mehr auf der Tagesordnung. Ob er vom Senate zurückgezogen worden ist, wissen wir nicht, es scheint aber so. Wie nämlich verlautet, hat der Verein der hiesigen Apothekenebesitzer eine Eingabe an den Senat gerichtet, daß dieser Nachtrag nicht mit den Bestimmungen, betreffend die Verleihung der Konzeption an Apotheker, in Einklang zu bringen sei: Wer nämlich diese Konzeption nachsucht, muß Lübedischer Bürger sein. Eine hiesige Apotheke könnte demnach niemals an einen Auswärtigen verkauft werden, und bei einem Todesfall eines Besitzers müßte unter Umständen eine Apotheke außer Betrieb gesetzt werden, da keine Persönlichkeit vorhanden ist, die den gesetzlichen Bestimmungen entspricht.“ Man sieht, wie sich die Wahl- und Bürgerrechtsvermehrung in ihrem Eifer verrennen. Nach den Rechten der Bevölkerung fragt man nicht, aber an den Apothekern scheiterte der eine Streich der Reaktion.

Stapellauf. Auf der Stockholmer Schiffsverft wurde am Donnerstag nachmittag 3 Uhr wiederum ein Schiff zu Wasser gelassen. Das für die Reedereiirma Blumenfeld in Hamburg bestimmte Schiff, Bau Nr. 163, erhielt in der Laufe den Namen „Helene Blumenfeld“. Der ca. 2500 Tons große Dampfer wird mit einer Dreifach-Expansions-Schraubenschiff-Maschine von 1850 Pferdekraften ausgerüstet; drei Kessel von je 4,3 Meter Durchmesser, 3,3 Meter Länge und einem Arbeitsdruck von 13 Atmosphären werden den für die Maschine nötigen Dampf erzeugen. Das Schiff ist speziell für den Kohlen-Import bestimmt und wird mit allen für diesen Zweck erforderlichen Einrichtungen versehen, die ein möglichst rasches Laden und Löschen der Fracht ermöglichen. In ungefähr 5 Wochen wird „Helene Blumenfeld“ soweit fertig gestellt sein, daß die Probefahrt vorgenommen werden kann; hierbei wird voraussichtlich eine Fahrgeschwindigkeit von 13 Knoten per Stunde erzielt werden.

Staatlich subventioniertes Stadttheater. Morgen findet eine letzte Wiederholung der komischen Oper „Fra Diavolo“ statt. Die Vorstellung geht zu Fleinen Preisen in Szene und dürfte schon aus diesem Grunde sehr besucht werden. Die klassische Oper „Aubers“ hat bei ihrer hiesigen Neuinstudierung eingehende Bemerkung erfahren und wurde sowohl von Presse als auch Publikum die musterghällige Darstellung anerkannt. Gerade den Besuch dieser entzückenden Oper können wir jedermann empfehlen. Sonntag findet nachmittags 4 Uhr als vierte Fremden-Vorstellung zu Fleinen Preisen „Der Gärtenbesitzer“ statt, abends 7 Uhr wird als große Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen „Die Fleder-

maus", Operette in 3 Akten von Johann Strauß; hierauf: Die zärtlichen Verwandten, Lustspiel in 3 Akten von Adolph Benedix, gegeben.

**Stechbrieflich verfolgt** wird von der hiesigen Staatsanwaltschaft der Schriftsteller Erwin Carle, geboren am 7. Juni 1876 zu Karlsruhe, zuletzt wohnhaft in Hamburg, welcher flüchtig ist, wegen Betruges und Unterschlagung verhängt.

**Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde** unternimmt am Sonntag den 29. Oktober eine seiner beliebtesten Wanderungen. Abends 2 1/2 Uhr von der Marktkaserne, das Ziel ist Herrenburg. Nächste Monatsversammlung findet, wie bekannt gegeben, am 2. November in der Bauhütte statt.

**Konzerthaus Fünfhausen.** Wie uns mitgeteilt wird, werden in nächster Zeit im vorgenannten Lokale Vorstellungen lebender, sprechender, fliegender und musizierender Photographien stattfinden. Der Unternehmer, welcher bis vor kurzem im Metropol-Theater in Hannover 6 Wochen lang engagiert war, hat daselbst großen Beifall geerntet und ist es zu wünschen, daß es ihm auch hier vergönnt sei, ein volles Haus zu haben. Seine Bilder sind neu und hier noch nicht gezeigt worden. Wie kommen später noch darauf zurück.

**pb. Ermittelt und festgenommen** wurden ein Dienstmädchen und eine von ihrem Manne getrennt lebende Ehefrau wegen Betruges. Unter Angabe von falschen Namen und Wohnungen, sie nannten sich Wiggers oder Wieggers, vermieteten sie sich bei verschiedenen Herrschaften, liehen sich das Mietsgeld geben und traten den Dienst nicht an. Nach ihren eigenen Aussagen war es ihnen nur darum zu tun, das Mietsgeld zu erschwindeln.

**pb. Unglücksfall.** In der Nacht vom 25. zum 26. ds. Mts. gegen 1 Uhr bemerkten Postanten der Burgtorbrücke, daß ein Mann zwischen der erwähnten Brücke und den Subbrücken in den Kanal fiel. Sofort unternommene Rettungsversuche hatten keinen Erfolg. Eine grünen bis zum Anbruch der Dunkelheit vorgenommene Absuchung der Unfallstelle durch Fischer mit den erforderlichen Gerätschaften führte zur Auffindung der Leiche nicht. Ueber die Persönlichkeit des Verunglückten ist bisher nichts bekannt geworden.

**pb. Schwindler.** Gegen ein fremdes Ehepaar, welches flüchtig ist, das sich unter falschem Namen in hiesigen Geschäften auf Abzahlung Waren kaufte und gleich darauf bei einem Pfandleiher verpfändete, wurde Anzeige erstattet.

**pb. Nahrungsmittelverfälschung.** Ein Holländer aus Heilshoop, der in hiesiger Stadt Butter verkaufte, die mit Margarine verfälscht war, wurde zur Anzeige gebracht.

**Zuzug von Maurern nach Schlutup ist fernzuhalten.**  
**Zuzug von Arbeitern und Arbeiterinnen ist fernzuhalten von der Schlutuper Fischindustrie, von Arbeitern von der Hühnerchen Sägemühle in Schlutup und von der Sägemühle von Rohbran in Lanen.**

**Mori.** Zweck der Verbreitung des Nebenweges Nr. 3 der Wegegemeinde Mori — Weg von Groß-Steinrade nach Holzkamp — ist die Enteignung von Trennflächen aus den Parzellen 4, 6, 7, 8 und 13 der Dorfschaft Mori (Eigentümer Erbpächter Seiler zu Holzkamp) bei der Regierung beantragt. Alle diejenigen, welche Einwendungen gegen diese Abtretungen zu haben glauben, werden aufgefordert, bei Strafe des Ausschlusses, spätestens zum 3. November d. J. ihre Einwendungen bei der Regierung anzubringen.

**Carin.** Ein höchst bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich vorgestern Abend. In der Waschküche des Hofhauses sind Frauen und Mädchen mit der Wäsche beschäftigt; in einem der großen Waschkessel ist fließendes heißes Wasser. Ein Mädchen steigt nun auf den den Kessel stützenden Deckel, um noch das Putzen einiger Fenster zu

vorausnehmen; hierbei verschob sich der Deckel und das Mädchen fiel mit dem halben Unterkörper in das heiße Wasser. Es sollen schreckliche Brandwunden entstanden sein. — Ein weiterer ebenfalls höchst bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich in der hiesigen Volksschule. Der zirkeljährige Sohn des Musikers Kreinsen hieselbst steht vor dem Fenster der Schulstube, als plötzlich von draußen spielende Kinder ein Schneeball ins Fenster, vor dem der Kr. steht, gemarfen wird. Die Scheibe zerbrach und ein Glasplitter flog dem armen Knaben ins Auge. Der Splitter ist so unglücklich, daß eventl. eine Operation notwendig ist. Der Knabe wurde der Kieler Heilanstalt zugeführt.

**Kleine Chronik der Nachbargebiete.** Der von Gollwitzer getriebene Hamburger Patefahrd-Dampfer „Schaumburg“ kollidierte in der vergangenen Nacht in der Eigemündung mit der dort vor Anker liegenden norwegischen Bark „Astrid“, welche nach Breveit sollte. Der Dampfer beschädigte die Bark so stark, daß sie sank. Die Mannschaft wurde von dem „Schaumburg“ gerettet und nach Cuxhaven gebracht. Dampfer „Schaumburg“ hat keinen Schaden erlitten. — Ein Arbeiter in Briggow, r. A. Stavenhagen, fiel Mittwoch von der Deichsel aus unter einen in voller Fahrt befindlichen Rübenvagen. Die Räder gingen über seinen Kopf hinweg, infolgedessen der Tod sofort eintrat. Der im 40. Lebensjahre stehende Verunglückte hinterläßt eine Witwe mit 7 Kindern.

**Segeberg.** Ein „Nationaler Verein zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ ist hier gegründet worden. Ursprünglich sollte er heißen: „Nationaler Wahlverein“. Da aber auch Sozialistenbekämpfer aus dem 6. Wahlkreise anwesend waren, wurde auf deren Rat der obige Name gewählt. Sämtliche Gutbesitzer aus der Umgegend wurden Vertrauensmänner. Wir werden ja sehen, ob zu: Wahl schon die Sozialdemokraten verschwinden sind, oder ob nach der Wahl erst ausgeräumt werden soll.

**Neumünster.** Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich in der hiesigen Tuchfabrik von D. H. Bartram. Der dort seit einer Reihe von Jahren beschäftigte 60jährige Arbeiter Feinr. Schnad wurde von der Uebertragungsscheibe des sogenannten Wolfs erfaßt und so lange herumgeschleudert, bis die Kleidung zerriss und der Körper zu Boden stürzte. Der rechte Arm und das rechte Bein sind mehrfach, der linke Arm einmal gebrochen, außerdem hat der Verunglückte noch sehr schwere Verletzungen am Hinterkopf und im Gesicht davongetragen, so daß er wohl schwerlich mit dem Leben davonkommen dürfte.

**Kiel.** Achtung, Maurer und Zimmerer! Durch bürgerlich Blätter wird der Jerum verbreitet, daß der Kampf im Kieler Baugewerbe bereits beiegelegt sei. Wir machen darauf aufmerksam, daß das keineswegs der Fall ist. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, eine allgemeine Einigung zu erzielen. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß jeglicher Zuzug nach wie vor strikte fernzuhalten ist. — Dem Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens gegen den Brudermörder Stefan Skatens-Messerschmidt ist stattgegeben worden. Er behauptet, zur Zeit des Mordes geistig umnachtet gewesen zu sein.

**Jahloer.** Die Situation im Baugewerbe. Am verflorenen Sonntag beschäftigten sich die Maurer und Zimmerer mit der gegenwärtigen Situation. Die Streikleitung hatte der Versammlung den Vorschlag gemacht, den Streit aufzuheben, jedoch mit der Bedingung, wenn die Unternehmer die hiesigen Gesellen ohne Rücksicht auf ihre Verbandsangehörigkeit wieder in Arbeit nehmen. Die Zimmerer nahmen den Vorschlag an, wohngelegen die Maurer beschließen haben, von neuem Einigungsverhandlungen anzutreten, an denen die Verbandsleitungen teilnehmen sollen.

**Schwerin.** Der „unpolitische“ Rat. Der repräsentierenden Bürgerchaft hieselbst ließ der Rat wiederholt mitteilen, daß er die Beratung über den Antrag, betreffend Petition an das Ministerium um Aufhebung der Grenzsperrre für Schlachtvieh, nicht zulassen werde, da der Antrag zum mindesten hart politisch gefärbt sei. Obgleich nun die repräsentierende Bürgerchaft der Ansicht ist, daß die Frage nach Herabminderung der Fleischsteuer eine rein wirtschaftliche ist, so will man doch auf die Antwort des Magistrats den Retursweg an das Ministerium beschreiten.

**Güstrow.** Vor dem Schurmergericht hatte sich der Maschinenbauer Haader aus Mi-Meteln zu verantworten, der beschuldigt wird, in der Nacht zum 29. Mai einen Schaffall, der gerade als Scheune benutzt wurde, vorläufig in Brand gesetzt zu haben. Das Feuer griff weiter um sich und hat fünf weitere Gebäude zerstört. Der Gesamtschaden betrug etwa 75 000 Mk. Als Grund für die Brandstiftung wird seitens der Anlagebehörde angenommen, daß H. auf diese Art in den Besitz der Versicherungssumme für seine in dem Gebäude befindliche alte Dreschmaschine gelangen wollte. Die Verhandlungen, zu denen 49 Zeugen geladen waren, dauerten zwei Tage und endeten mit der Freisprechung des Angeklagten.

**Bremen.** Zum Arbeitersekretär an Stelle des zum Mitgliede des Parteivorstandes gewählten Genossen J. Ebert wurde der Genosse H. Hein, bisher Redakteur an der „Bremer Bürgerzeitung“, gewählt.

### Beste Nachrichten.

**Berlin.** Die Erklärung des Parteivorstandes, die Kündigung der sechs Redakteure des „Vorwärts“ betreffend, konnte in der Dienstagsnummer nur für die Berliner und Borort-Auflage gebracht werden, weil dieselbe erst in späterer Nachtstunde in Satz gegeben werden konnte; für die Post-Auflage ist sie deshalb erst in der Mittwochnummer enthalten.

**Essen.** Risiko der Arbeit. Auf der Zeche „Rheinpreußen“ stieß der Förderkorb mit kolossaler Gewalt auf; sechs Insassen wurden verletzt, einer schwer.

**Wachen.** Auf der Grube Wilhelmschacht bei Alsdorf ging bei der Einfahrt der Bergleute der Förderkorb infolge Versagens der Bremse über das Ziel hinaus und stieß mit voller Wucht auf die Sohle. Vier Bergleute wurden verletzt, zum Teil ziemlich schwer.

**Trier.** Ein Arzt, wie er nicht sein soll. Die hiesige Strafkammer verurteilte den Zahnarzt Brandenstein in St. Johann, der sich in fünf Fällen an narzkotisierten Patientinnen verging, zu 3 Monaten Gefängnis.

### Briefkasten.

**S. M. 20 a.** Da der Chef doch ohne Frage einen Vorteil von der weiteren Ausbildung des Lehrlings hat, sollte er eigentlich aus Gerechtigkeitsgefühl die Kosten für die Schule bezahlen. Eine bestimmte gesetzliche Verpflichtung nach dieser Richtung hin besteht unseres Wissens in Lübeck nicht.

### Streu- und Viehmarkt.

**Hamburg, 26. Oktober.**  
Der Schweinehandel verlief sehr lebhaft. Zugeschickt wurden 1108 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Semmelweine — 72, Beranblichweine, schwere 73—75 Mk., leichte — 74 Mk., Sauen 69—73 Mk. und Ferkel 70—73 Mk. pro 100 Pfd. u.

Zum 1. Januar eine freundliche Zweifamilienwohnung mit allem Zubehör an ruhige Leute zu vermieten. Näheres Schützenstraße 51 b. bart.

**Arbeiterinnen** werden gesucht.

**H. Ihde Nachf.**

Hochf. Divan, gr. Plüschbox, 2 engl. Bettstellen mit Sprungfedermatr., Tapezier- und Polsterarbeit, 10 J. Gar. Moedengießerstraße 16, pt.

Zu verkaufen ein Schornsteinrohr mit Klappe, Kriedenstraße 24, 1. Etage

Sonnabend und Sonntag zum **Motzlinger Markt** gehen

**große Partien Ferkel** zum Verkauf. **Kröger's Gasthof Schwartzau.**

**Knaben-Anzüge** werden gut und billig in und außer dem Hause angefertigt auch von altem Zeug **Schmidt, Schönfaystraße 3, II.**

Hiermit warne jeden, meiner Tochter **Ella Ott** etwas auf meinen Namen zu borgen; ich haße für nichts.

**D. A. Ott, Ellerbrook 14.**

**Heute und morgen:** letzter Rest in Heringen. 10 Pfd. Heringe mit Eimer 2,50 Mk. Grüne Seife 5 Pfd 60 Pfg. **Alistraße 34.**

**Frische Brodwurst u. Schwarzsauer** empfiehlt **W. Lemcke, Ecke Weberstraße 41 a.**

**Achtung!** Sonnabend, **Pa. Rindfleisch** 50 Pfg., **Schmalz** 40 Pfg., **Salz** 40 Pfg. **J. J. P. Möller, Markthallen-Stand Nr. 35.**

**Fleisch und Wurst** in stets prima Qualität empfiehlt die **Rossschlachtereie** von **G. Behrens, Warendorferstraße 9.**

Ohne Anzahlung Kunden

**Paletots** sowie Dam.-Gard. ferner Möbel, Polsterwaren, Spiegel, Bilder, Uhren bei maß. An- u. Abzahlung.

**Anzüge** auf **Kredit. K. Kesten** unt. Johannisstraße 70, I.

die ihr Konto beglichen haben

**Allerfeinste holstein. Meiereibutter** Pfund 1,40 Mk., Feinste Hofbutter Pfd. 1,30 und 1,25 Mk.

**9 Eier 60 Pfg.** größte Auswahl in Schweiz, r. holländ., Züster und holsteinischen

**Käsen,** Landmettwurst, Landfleisch, Landspeck

**Hans Wegener** obere Wahnstraße 10. Fernsprecher 1630. Auf alle Waren gebe rote Lubeca-Marken.

rote Rabattmarken!

**Allen voran** in Preiswürdigkeit und Haltbarkeit sind die **Arbeitsgarderoben** aus dem Spezial-Geschäft von **Louis Levy, 5 Klingenberg 5** Original-Arbeitsgarderoben von **Lois Masberg-Bielefeld.**

**Zahn-Atelier** G. Boysen, Schwartzauer Allee 71 a.

**Lampen** enorm billig.

**Küchenlampen** 30, 35, 50, 75, 90, 125, 200 Pfg.

**Tischlampen** 1.60, 2.00, 2.25, 2.90, 3.00 bis 10.00 Mk.

**Hängelampen,** spottbillig, 4.00, 4.50, 5.50, 7.25, 8.90, 10.25 Mk.

**Umpel mit Lampe** 3.00 Mk.

**Urnlampen** 0.60, 0.90, 1.60, 2.30 bis 4.50 Mk.

**Nachtlampen** 20, 40, 80, 100 Pfg.

**Stalllaterne** 1.25, 2.50 Mk

**Petroleumlampen** 2 Liter 40 Pfg., 3 Liter 50, 65, 90 Pfg.

**Fußmatten,** 25, 35, 55, 85, 100, 140, 200 Pfg.

**Riesen-Bazar.** Pietro Cagna. **Breitestrasse 33.** Sonnabend von 7—9 Uhr abends mit

**reines Schmalz** Gemürz **Pfd. 60 Pfg.** **Schweinehäuten** und **Pfoten** **Pfd. 25 Pfg.** empfiehlt **Carl Boy** 31 Markthallenrand 34.

rote Rabattmarken!

**Es bleibt dabei,** Sie kaufen die billigsten und besten **Schuhwaren** nur bei **Louis Levy** Obere Marktegrube 2—4, Ecke Klingenberg. rote Rabattmarken.

**Allerfeinste Meiereibutter** eine II. Sorte Pfund 1,25 Mk. empfehle bestens. **Obertrave 8. Ludw. Kartwig.** Sie erhalten Lubeca-Marken.

**Billiges Fleisch** **65** Corned Beef Pfd **65** Pf. 6-Pfund-Doze 3.80 Mk. **Otto Burckhardt** Huxstraße 42.

**Reisehandbuch** für wandernde Arbeiter. — Preis 1,50 Mk. — Buchhandlung von **Friedr. Meyer & Co.** **Johannisstraße 50.**

**Stadthallen-Theater.** Sonnabend den 28. Oktober. Kleine Preise. Zum letzten Male. **Fra Diavolo.** Komische Oper in 3 Akten von Auber. Anfang 7 1/2 Uhr.

# W. Blumenthal.

Lübecks bedeutendste

## Schuhwaren-Geschäfte

Schwartauer Allee  
Ecke Geverdesstrasse.

Kohlmarkt  
Ecke Sandstrasse.

### Unsere Leistungsfähigkeit!

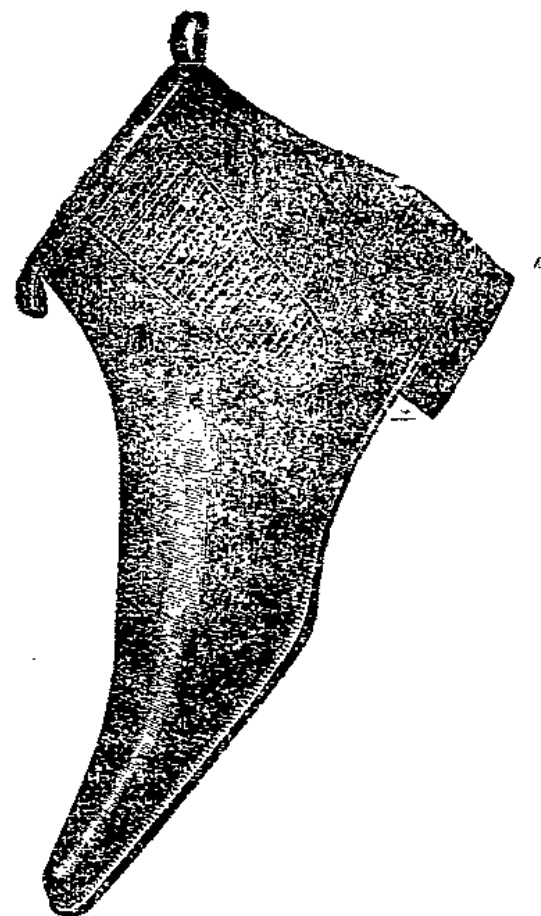


Echte  
**Petersburger** ==  
== **Gummischeue.**  
Damen 3.50 Mk. Herren 4.80 Mk.

**Deutsche** ==  
== **Gummischeue**  
für

Kinder ..... 1<sup>50</sup>  
Mädchen ..... 1<sup>50</sup>  
Damen ..... 1<sup>50</sup>  
Herren ..... 3<sup>50</sup>

<b>Herren-Schnürstiefel,</b> bewährte Qualitäten, Mk. 14.—, 12.50, 9.50, 7.50, 6.50, 5.50,	<b>4</b> Mk.
<b>Herren-Schnallenstiefel,</b> bequem und praktisch, Mk. 14.—, 10.50, 7.50, 6.50.	<b>5</b> Mk.
<b>Herren-Zugstiefel,</b> glatt und mit Besatz, Mk. 14.—, 13.50, 12.50, 9.—, 7.50, 5.50.	<b>4</b> Mk.
<b>Herren-Schnürschuhe,</b> Arbeitschuhe u. Sonntagsschuhe, Mk. 9.—, 7.50, 6.—, 5.50, 4.50.	<b>3</b> Mk.
<b>Herren-Hausschuhe,</b> Leder und warm gefüttert, Mk. 4.50, 4.—, 3.50, 3.—, 2.75.	<b>1</b> Mk.
<b>Knaben-Schnürstiefel,</b> anerkannt dauerhaft, Mk. 8.— bis	<b>3</b> Mk.
<b>Damen-Schnürstiefel,</b> moderne Fassons, Mk. 15.—, 13.—, 12.—, 9.50, 7.50, 6.75, 6.50, 5.—,	<b>4</b> Mk.
<b>Damen-Knopfstiefel</b> in bester Ausführung, Mk. 15.—, 13.—, 12.—, 9.50, 7.50, 6.75, 6.—,	<b>5</b> Mk.
<b>Damen-Knopf- u. Schnürschuhe</b> aus verschiedensten Ledersorten, Mk. 7.50, 5.50, 4.50, 3.50,	<b>3</b> Mk.
<b>Damen-Spangenschuhe,</b> haltbar und bequem, Mk. 7.50, 5.50, 4.50, 3.50,	<b>2</b> Mk.
<b>Damen-Hausschuhe</b> Filz und Leder, Mk. 5.50, 4.50, 3.50, 3.00, 2.75, 1.80, 1.50,	<b>1</b> Mk.
<b>Mädchen-Knopf- u. Schnürstiefel</b> starke Schulstiefel, Mk. 8.— bis	<b>3</b> Mk.



**Neuheiten**  
in  
**Pantoffeln**  
und  
gefütterten Schuhen  
in allen Preislagen.  
**Ball-Schuhe**  
in  
grösster  
**Auswahl.**

➔ **Kinderstiefel in allen Formen und Preislagen.** ➔

# W. Blumenthal.

## Wahlrechtskämpfe in Oesterreich.

Die Wahlrechtsbewegung in Oesterreich geht in immer höheren Bogen. Die von den Zemberger Arbeitern am Montag bei Eröffnung des galizischen Landtags veranstaltete Straßendemonstration für das allgemeine Wahlrecht nahm einen imposanten Verlauf. Mehr als 50 000 Personen haben sich an dem Aufmarsch vor dem Landtage betheiligt. Die Arbeitsruhe war nahezu vollständig. Fast alle Fabriken fierten. Die Hausarbeiter hatten die Bauten verlassen verlassen. Alles Lohnfuhrwerk wie auch die Tramway hatten den Verkehr eingestellt. In den Staatsbahnwerkstätten ruhte die Arbeit. Alle Geschäfte in jenen Straßen, durch die der Demonstrationszug ging, hatten gesperrt. Durch etwa 1000 Ordner sorgte die Partei selbst für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Aus zwanzig Orten der Provinz waren Deputationen erschienen, die an der Demonstration teilnahmen. Viel bemerkt wurde die große Zahl von Frauen, die sich an der Demonstration beteiligten. Auch die Studenten waren zahlreich erschienen. Einträchtig zogen Polen und Ruthenen miteinander, ruhig, ohne Rufe, ohne Gesang. Vor dem Stadtpark und dann vor dem Landtagsgebäude wurden stürmische Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht ausgedrückt.

Die Deputation unter Führung von Daszynski und Janiewicz wurde zuerst vom Landmarschall Grafen Badenier empfangen. Daszynski hielt dann eine Ansprache, worin er die dringende Notwendigkeit, dem arbeitenden Volke sein Recht zu geben, betonte. Der Landmarschall erwiderte, daß er das ihm überreichte Memorandum zur Kenntnis nehme. Er habe kein Recht, die vom Landtag einzunehmende Stellung zu bestimmen. Er selbst sei Anhänger einer weitgehenden Erweiterung des Wahlrechtes und werde mit Freude die Vertreter der Arbeiterschaft im Landtag begrüßen. Die Mitwirkung der Arbeiterklasse im Landtag wäre für das Landeswohl erwünscht, da dadurch Differenzen, wenn nicht beseitigt, so doch gemildert und die irrigen Anschauungen über die Intentionen des gegenwärtigen Landtages richtiggestellt werden könnten. Jede Fesslung und jeder Exorzismus müssen aber bei diesen Bemühungen vermieden werden.

Die Deputation begab sich sodann zum Statthalter. Mit ihr zogen die Massen zum Statthaltergebäude. Dort hielt wieder Daszynski eine Ansprache, worauf der Statthalter Graf Potocki erwiderte, er werde das Memorandum der Regierung vorlegen. Die Beschlußfassung über Veränderungen der Landtagswahlordnung gehöre in die Kompetenz Landtages. Erst in weiterer Folge werde die Regierung darüber zu entscheiden haben. Der gesellschaftliche Organismus sei ein lebendiger Organismus, mit dessen Veränderungen auch die Veränderungen in der Wahlrechtsbeschaffenheit in Einklang gebracht werden können. Mit Anerkennung hob der Statthalter die musterhafte Organisation der Demonstration hervor, die der Würde des Augenblicks entsprochen habe.

Nachdem Daszynski der draußen harrenden Menge über den Verlauf der Unterredungen berichtet, löste sich die gewaltige Masse in völliger Ruhe auf.

In Troppau (Oesterreich-Schlesien) tagte am Sonntag eine außerordentliche Landeskonferenz der schlesischen Sozialdemokratie, die sich mit dem Kampfe um das Wahlrecht beschäftigte. Es waren 35 De durch 72 Delegierte vertreten; außerdem waren die Abgeordneten Ebersch und Cingr, ferner als Vertreter der mährischen Landesparteivertreter Genosse Rieszner anwesend. Das Referat über den Kampf für das Landtagswahlrecht erstattete Genosse Ebersch, worauf eine Resolution angenommen wurde, worin die Abschaffung der Wahlprivilegien der Besitzenden und die unverzüglich einsetzende Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gefordert wird, da die schlesische

Arbeiterschaft es satt habe, sich weiterhin in Rechtlosigkeit erhalten zu lassen. Auf Antrag des Genossen Trula wurde eine Deputation gewählt, die den Landespräsidenten eine Petition um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht übermitteln sollte. Nach der Konferenz formierte sich ein imposanter Demonstrationenzug, der erst und schließlich unter großem Aufsehen durch die Straßen zog. Vor dem Landtagsgebäude wurden brausende Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht laut, desgleichen vor dem Gebäude der Landesregierung, worauf sich der Zug auflöste. Es war dies eine Demonstration, wie sie in Troppau, wo nur deutsch-nationale Wirtshäuser ab und zu Katerereien auf der Straße inszenieren, noch nie gesehen wurde und die deshalb auch allgemein bewundert werden mußte.

Am Montag vormittag begab sich die auf der Landeskonferenz gewählte siebenundzwanzigköpfige Deputation in den Landtag, wo sechs Genossen von den Abgeordneten Frubh und Mischeja dem Landeshauptmann vorgeführt wurden — der Landeshauptmann fürchtete sich nämlich, die ganze Deputation zu empfangen, und wollte nur mit drei Delegierten verhandeln. Schließlich bequeme er sich dazu, mit sechs Genossen zu sprechen.

Die Genossen Ebersch, Cingr und Wessely hielten an den Landeshauptmann Ansprachen in deutscher und tschechischer Sprache, in denen betont wurde, daß die Arbeiterschaft fest entschlossen sei, den Kampf um das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht entschieden fortzuführen und alle Kräfte aufzubieten, um der Gleichberechtigung aller Bürger dieses Landes gesetzliche Anerkennung zu verschaffen.

Der Landeshauptmann hat die Deputation, dahin zu wirken, daß nur gesetzliche Mittel in Anwendung kommen, versichert die Arbeiter Sympathie, erklärte aber, daß ihm als Vorkämpfer des Landtages eigentlich keine Fingerzeige in dieser Angelegenheit zustehe, daß er aber allen Bestrebungen, die eine Veränderung der Landtagswahlordnung zum Gegenstand haben, wohlwollender Förderung angedeihen lassen werde. Auch der Landeshauptmann, bei dem die Deputation vorsprach, erklärte, daß er den Bestrebungen der Arbeiter Sympathie gegenüberstehe, daß er über die würdige Form der Demonstration nach Wien berichten werde, jetzt aber natürlich noch nicht mitteilen könne, welche Stellung die Regierung in dieser Frage einnehmen werde.

Die Deputation begab sich hierauf in das Gasthaus „Zum roten Kreuz“ wo der Sitz der Troppauer Organisation ist, um zu beraten, wie der Wahlkampf weiterhin einzurichten sei. Es wurde beschlossen, ein Flugblatt in 50 000 Exemplaren in ganz Schlesien zu verbreiten und weiterhin am Sonntag, den 29. dieses Monats, im ganzen Lande Straßendemonstrationen zu veranstalten.

In Innsbruck veranstaltete am Dienstag vormittag die Arbeiterschaft in Stärke von etwa 10 000 Mann eine große Straßendemonstration zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechtes. Dem Landeshauptmann und dem Statthalter wurden Petitionen um Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes überreicht. Die Kundgebung verlief ebenfalls ruhig.

Die Wiener Arbeiter bereiten sich bekanntlich ebenfalls auf eine große Demonstration vor. Wie die „Arbeiterzeitung“ berichtet, haben die Parteimitglieder der Arbeiterschaft Wien beschlossen, am Tage der Eröffnung des Reichstages eine Massendemonstration zu veranstalten, die dem Parlament und der Regierung die Forderung der Arbeiterschaft von ganz Oesterreich überbringt. Es wird ein Wochentag sein, aber die Arbeit wird ruhen, bis die Arbeiterschaft erfüllt hat, was ihr Amt und ihre Pflicht ist.

Die Stimmen der Massen, die in allen Städten des Reiches ertönen, sollen in Wien in einen mächtigen Ruf zusammengefaßt werden. Die Zehntausende auf den Straßen

vor dem Parlament bezeugen, daß die Vorkämpfer des gleichen Rechtes im Parlament, daß vor allem die sozialdemokratischen Abgeordneten im Namen des gesamten Volkes sprechen, das politisch denkt und politischen Willen hat. Es soll klar werden, daß der Eigenfinn der Privilegierten endlich und endgültig dem Willen der Masse weichen muß.

In mährischen Landtag begründete am Dienstag namens des deutschen Klubs der Abgeordnete Fuchs einen Dringlichkeitsantrag, betreffend Abänderung der Wahl und der Landesordnung und erklärte, die Deutschen seien nicht gegen eine Erweiterung und Verallgemeinerung des Wahlrechtes, sie müßten aber ihre nationale Zukunft und Existenz sichern. Abgeordneter Stranek erklärte, nur auf Grund des allgemeinen gleichen Wahlrechtes sei der Friede zu erzielen. Dies sei nur möglich, wenn die Deutschen in Mähren endgültig auf ihre nationalen Vorrechte verzichteten. Abgeordneter Großgrundbesitzer Sene trat für die Schaffung einer vierten Kurie ein und sprach gegen die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes für den Landtag.

## Wahlrechtskämpfe in Oesterreich.

Nachdem die Kunde kaput gehen. Unserem Parteiorgan in Augsburg wird folgender Brief aus Deutsch-Südwestafrika zur Verfügung gestellt: ... Wir sind heute auf der Fahrt von Gibeon nach Rüb, um dort Proviant zu holen. Von Windhuk nach Gibeon sind es über 300 Kilometer südlich. Wir sind jetzt gerade im Hottentottenbierfeld, wo Witbooi mit seinen Hauben sitzt. Es ist die Gegend sehr unsicher, aber unser einziger Wunich ist, einmal zu ein kleines Gefecht zu bekommen, da würde dann unser Leutnant sehen, was sie an den Mannschaften haben, dann würde er nicht mehr sagen, wie er sich in Gibeon Regierungsbüro anbrachte, daß erst wir kaput gehen sollen, dann die Leute von der zweiten Staffel, dann die Leute von der dritten noch von unserer Kolonne sind, und wenn alle diese kaput sind, dann gibts in Deutschland noch genug, die freiwillig kommen. Der genannte Leutnant dreffierte uns nämlich auf selbigem Platze bis auf's Blut, wir hatten einen Appell um den andern und dabei noch immer Gras holen für die Tiere. Als dann der Herr Sergeant Boos als diensttuender Wachtmeister sagte, als wieder Appell sein soll, der Leutnant möchte uns zuerst mittags lassen, denn es war bereits 2 Uhr, sagte der Herr Leutnant: Das ist gleich, wenn die Hunde kaput gehen. Der Sergeant bekam aber eine Nase und wir durften doch erst danach essen. Das mußte aber schnell geschehen, denn wir mußten gleich wieder Gras holen, etwa eine Stunde weit. Dabei alle Tage 2-3 Mann an Wagenrad angebunden und Kriegsartikel verlesen. Als er uns instruierte, falls ein Angriff stattfinden soll, müssen alle Unteroffiziere und Mannschaften vor bis auf 4-5 Mann, die müssen die Wagen bewachen, er selbst, sagte der Herr Leutnant werde ebenfalls bei den Wagen verbleiben, dabei soll kein Schuß von denen, die vorgehen, abgegeben werden, die sollen gleich aufpflanzen und drauf los gehen. Könt Ihr Euch so einen kleinen Begriff machen, wie es bei der ersten Staffel von der ersten Provinzialkolonne der fünften Provinz, Abteilung zugeht. Ihr dürft den Brief ungenutzt publizieren, ich bürgere für die Wahrheit dieses Briefes. Ich kann Euch nicht mehr mitteilen, als daß ich mit Sehnsucht, wie alle meine Kameraden, den Tag der Heimkehr erwarte. Ich schreibe nun ... — In einem anderen Briefe teilt der freiwillige Krieger mit, daß er zuerst einem Hauptmann zugeteilt war, der ebenfalls die Soldaten an die Wagenräder binden ließ. Dieser Dis-

## Gold!

Ein Kalifornisches Lebensbild.  
Von Friedrich Gerstäcker.

(61. Fortsetzung.)

So wild und zügellos die Durstigen aber auch sonst waren, ein so großes Gewicht lagen in ihren Augen der eine Punkt zu haben: daß der neuburgische Alkalde verheiratet sei und seine Frau mit in die Minen gebracht hatte. Es verlieh ihm das in ihren Augen, so jung er selber auch sein mochte, ein gewisses patriarchalisches Interesse, und es bedurfte nur noch einiger hingeworfener Erklärungen Sifly's, daß er die Engländer mehr als den Teufel hasse, die Versammlung blitzschnell für ihn zu interessieren. Biers selber hatte jetzt nichts mehr gegen ihn einzusetzen, und nach rasch vorgenommener Wahl fiel das Resultat fast einmütig zu seinen Gunsten aus.

Der Abend war indessen zu weit vorgerückt, den zugehörigsten Alkalde noch heute mit seiner neuen Würde bekannt zu machen und seine Einwilligung dazu einzuholen. Man durfte die Frauen so spät nicht mehr hören. Sifly übernahm es jedoch, ihn gleich morgen früh damit bekannt zu machen, und zur Mittagszeit, wenn die Goldwäscher von der Arbeit herinkamen, sollte dann das Weitere besprochen werden. An dem Abend wurde denn auch keine weitere Resolution gefaßt. Biers versuchte allerdings noch einmal, die Leute zu einem Beschluß anzureizen, die Fremden gleich von morgen an aus den Minen zu verbannen und Plakate in französischer und spanischer Sprache schreiben zu lassen, nach denen sie augenblicklich die Hiesigen „Digging“ zu verlassen hätten. Die Mehrzahl aber — Viele von ihnen froh, der langweiligen Sache für den Augenblick entgehen zu sein, während die Rührigeren der Amerikaner von einem vernünftigen Alkalde auch vernünftigerer Maßregeln erwarteten —

wollte alles das bis zur Zeit aufgeschoben haben, wo sie mit ihrem neuen Lebensrichter einen Beschluß darüber fassen könnten. So wurden denn jetzt die Lische wieder abgeräumt, um den Abend in gewohnter Art, mit Spiel und Trinken, zu verbringen.

Der nächste Morgen brach an, aber keiner der Amerikaner ging heute an seine gewohnte Arbeit, da an diesem Morgen der Gemordete beerdigt werden sollte. Fast alle Amerikaner beteiligten sich dabei, und abwechselnd von sechs Mann wurde der Leichnam des Unglücklichen in die „rote Flot“ hinaufgetragen, um bei an der Grenze des aufgewühlten Bodens seine stille Ruhestätte zu finden. Kar Sifly hatte sich dabei entschuldigt, um den künftigen Alkalde mit seiner neuen Würde bekannt zu machen und seine Einwilligung zu erwirken. Das Resultat wollte er dann den Männern, wenn sie von dem Begräbnis zurückkehrten, in Bentson's Bat mitteilen.

Sifly hatte Gelson, seit er in dem Minenstädtchen war, noch nicht gesehen und ihn — er wußte eigentlich selber nicht recht weshalb, oder wollte sich auch vielleicht keine Rechenschaft davon geben — absichtlich vermieden. Diese Seltsamkeit aber war ihm als Einführung doppelt erwünscht, und wie er keinen Augenblick zweifelte, daß Gelson die ihm zugedachte Ehre ohne Weiteres annehmen würde, schritt er nach Sonnenanfang seinem Felde zu. Gelson hatte indessen den vorigen Tag vortrefflich benutzt, seine häusliche Einrichtung um ein Bedeutendes zu verbessern, denn nicht allein war sein Bett im Innern so wohnlich eingerichtet worden, als es die Umstände hier oben zur irgend erlaubten, sondern auch sogar noch ein kleines Bett dicht hinter dem großen aufgehängt, das zum Aufbewahren der Kochgeschirre und Lebensmittel diente, während der zwischen beiden freigebliebene und unbedeckte Raum, der aber im Fall plötzlichen Regens mit einem Ritzdach überspannt werden konnte, zur Küche bestimmt war.

Des Hauptzells in eine größere und zwei kleinere Ab-

teilungen geschieden, bildete so ein gemeinschaftliches Wohnzimmer und zwei Schlafgemächer. Das eine war für Manuela eingerichtet, während ihr Vater in dem neu angebauten Felde schlief, und hier wirtschafte über Tag das junge Mädchen, das es sich nicht hatte nehmen lassen, die Küche zu besorgen. — Und lebensfrisch und heiter war sie jetzt, das schöne Kind des Südens, das ein böses Geschick an diese unwirtbare Küste geworfen. Ein neues Leben war ihr in dem Zusammensein mit der holden jungen Frau aufgegangen. Die juchzende Zeit in der sie in den Spielböden als Lockvogel unglückliche Opfer hereinziehen mußte, lag hinter ihr, und nicht mehr brauchte sie abends mit Todesangst an dem flackernden Blick des Vaters zu bangen, wieder und wieder in den bleichen, abgepannten Zügen die Gewißheit zu lesen, daß er aufs Neue seiner Tochter Glück und Ruhe der erstschicksten aller Lebensweisen, dem heillosen Spiel, geopfert. In Arbeit, der sie sich mit Freuden unterzog, wenn die zarten Hände sich auch erst daran gewöhnen mußten, schwebten ihr jetzt die Tage hin, und sie segnete die Hand, die sie aus jenem Sodom fortgeführt. Auch heute, wie alle Tage, war sie wieder mit Tagessgrauen munter gewesen, hatte das Feuer entzündet und Schaffe emsig an dem kleinen eisernen, dort aufgestellten Kochofen, um das Frühstück zur rechten Zeit bereit zu halten. Durch das große Bett dabei von der Hauptstraße und dem Verkehr der dort hin und wieder Gehenden vollkommen abgeschieden, hielt sie sich für ungestört, denn in der „roten Erde“, die das hintere kleine Bett begrenzte, wurde seit jenem verunglückten Versuch gar nicht mehr gegraben. Ganz denn mit ihrer Arbeit beschäftigt und ein vaterländisches Lied leise vor sich hinmurmend, hatte sie eben die Kaffeekanne auf die Glut geschoben und sprang nach der Seite des Bettes, von dort noch etwas trockenes Holz herbeizuholen, als sie plötzlich erschreckt zurückfuhr und einen Auffschrei kaum unterdrücken konnte. Ein leises zitterndes Frösteln ließ dabei über ihren ganzen Körper, und wie gebannt haßte ihr Blick an der wie aus dem Boden

zier wurde später kränzlich, zuvor aber hatten die Soldaten bei ihm Schreckenstage. Die Briefe bedürfen keines Kommentars.

Der „Staatsgefährliche“ Reichstags-Abgeordnete. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Reichstags-Abgeordneten, Buchdruckereibesitzer Viktor Kulerstki-Gravens, der am 20. September von dem Landgericht Graubenz wegen Anreizung verschiedener Bevölkerungsklassen zu Gewalttätigkeiten gegen einander zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden war.

Mit einer Stübel-Stage soll, wie die „Nordd. Allg.-Ztg.“ mitteilt, auch der „Vorwärts“ beachtet werden. Hierzu bemerkt der „Vorwärts“: „Womit gerade wir vor zahlreichen anderen Blättern, die gleich uns mit aller Reserve von dem im „Berl. Tagebl.“ bezeichneten Gerüchten Notiz nahmen, diese besondere Aufmerksamkeit verdient haben, ist uns einflussreicher Mitarbeiter. Wahrscheinlich wird aber der „Vorwärts“ nach dem Inhalt dieser Briefe über die eigentlichen Verhältnisse der Firma Lippelkühn zu berichten.“

Vom Sandwüstenkrieg. Herr Dr. Wittke, der am 8. Oktober von Major v. Eißel von Araba nach Südosten geschickt war, hielt sich zunächst in der Gegend von Soragas nordlich von Kades auf. Aus Wassermangel wollte er von dort nach Amman zwischen Kades und Gabis flüchten. Dies war aber schon von Teilen der Abteilung bemerkt worden, die in einem halbkreisförmigen Gefecht einen Angriff von fünfzig Posten abwehrten. Herr Wittke ging in die Sanddünen östlich Amman zurück. — Der Kampf ist mit zwei Kompagnien und einer Batterie der Besatzung fort und hat alle Wasserstellen zwischen Kades und Gabis beherrscht. In seiner Unterführung rüdt Major v. Eißel mit zwei Kompagnien und einem Schwadron von Gabis nach Kades und ließ außerdem die Wasserstellen Fahlgras, Dabereh, Ufa, Gomas, Parsip, Komas und Araba besetzen. Die Nachrichten über Ueberfälle bei Jerusalem und Skutidri wurden dahin aufgeklärt, daß Moranga und Morris am 7. Oktober Jerusalem durch Verrat eines eingeborenen Polizisten erwarben. Hierbei fielen Leutnant Surman und drei Reiter. Ein Reiter wurde verwundet und kurz später. Ueber zwei Reiter, die gefangen waren, wird gemeldet, daß sie sich jetzt auf der Station Uffas befinden. Der acht Mann starke Ueberrest der Besatzung ist bei Schutzort auf englischer Gebiet übergeben. Moranga ist aus der Gegend von Jerusalem mit 200 Reiter und 300 Weibern und Kindern westwärts gezogen. Oberleutnant von Semmerin verlor ihn in zwei Kolonnen über Ganda und Baidorf. Cornelius ist vor den aus Kadmanshoop nach Jerusalem Tappen an Besondereinbeil bei in nordwestlicher Richtung abgezogen. Die Führung gegen ihn hat Major Meiler übernommen, der die Gegend von Honsirang erreicht. Sie stehen im ganzen 3 Kompagnien und 1. Batterie zur Verfügung. In den ersten Tagen des Gefechts, die in den Gabis- und Araba-Bergen im September stattfanden, sind jetzt 107 Araber mit Arabern auf das englische Gebiet der Palästina übergritten. Derzeit befinden sich 45 Araber mit 28 Weibern, die die englische Polizei abgenommen hat. — Es wird immer besser in der Sandwüste!

### Soziales und Politisches.

Der Streik in der Berliner Wäsche-Industrie wurde am Montag und Dienstag in mehreren Sitzungen des Einigungsamtes verhandelt. Eine Einigung zwischen den Parteien konnte aber nicht erzielt werden. Das Einigungsamt fällt folgenden Schiedspruch: 1. In allen Fabriken sind die bestehenden Löhne der Arbeiter und Arbeiterinnen, sowohl der Fabrik- als der Heimindustrie, um 10 Prozent zu erhöhen. Die Löhnerhöhung tritt sofort mit der Wiederanfrage der Arbeit in Kraft. 2. Es ist sofort eine paritätische Schlichtungskommission von den Parteien zu bilden und zwar bestehend aus sieben Arbeitgebern und sieben Arbeitnehmern unter dem Vorsitz eines Unparteiischen. 3. In den Fällen Arbeitsverweigerung der Kommission können Mitglieder der Arbeiterorganisation gewählt werden. Die Schlichtungskommission hat die Auf-

gabe, sämtliche Differenzen, welche zu Streiks und Auspörrungen führen könnten, zu beseitigen. Ferner soll diese Kommission gehalten sein, sofort die Ausarbeitung von Texten für die Wäschebranche in Angriff zu nehmen und zwar berart, daß die Tarife bis spätestens 1. März 1906 von den Organisationen der Parteien anerkannt werden können. Für den Fall, daß die Schlichtungskommission die Differenzpunkte nicht beilegt, sind die Parteien verpflichtet, das Einigungsamt binnen 8 Tagen anrufen. Ebenso ist das Einigungsamt anzufragen, falls die Schlichtungskommission nicht in der Lage ist, die Tarife rechtzeitig festzustellen bzw. die Parteien die Tarife nicht bis 1. März 1906 angenommen haben. Das Einigungsamt soll über die Festlegung der Tarife endgültig entscheiden. 3. Die Schlichtungskommission hat bei der Festlegung der Tarife den Wert des zu verbrauchenden Garns und der Nadeln für jede einzelne Position zu ermitteln. Dieser Wert ist zu dem wirklich zu verbrauchenden Garn zusammenzurechnen. Die Garn- und Nadeln sind den Arbeiterinnen zum Selbstkostenpreise zu liefern. Die jeweiligen Abschläge, die Tarife sowie die eben genannten Selbstkostenpreise sind in den Fabriken und Abfertigungsstellen der Heimindustrie an einem geeigneten, für alle zugänglichem Stelle zum Nachzug zu bringen. 4. Die Arbeiterzeit beträgt für die 3-Jährigen 8 Stunden, für die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen 9 1/2 Stunden. 5. Die Wiedereinstellung der Arbeiter soll spätestens am Montag, den 30. Oktober 1905, erfolgen. 6. Mißbräuchen der unabhängigen Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen nicht stattfinden. Dagegen dürfen auch die Arbeitwilligen von den Wiedereinstellenden nicht belästigt werden. Die wiedereinstellenden Arbeiter und Arbeiterinnen sollen möglichst an ihren alten Plätzen wieder eingestellt werden und es dürfen in den einzelnen Fabriken keine Plätze nicht eingestellt werden, bevor die alten wieder beschäftigt sind. 7. Den Parteien bleibt namentlich eine Frist von drei Tagen, innerhalb derer sie sich über Annahme oder Ablehnung des Spruches zu äußern haben. Die Verletzung des Schiedspruches, namentlich die Verletzung einer Lohnherabsetzung von nur 6 Proz., wurde von den anwesenden Arbeitnehmern mit lebhaften Zeichen der Unzufriedenheit und Enttäuschung beglückt.

Der Kampf in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie. Zu Montag Abend war eine Versammlung der noch in Arbeit stehenden Weber und Weberinnen einberufen. Dieselbe war von 1800 Personen betriebl. Geschäftsbetrieb über die Situation. Die Fabrikanten erklärten ihr Höchstgebot abzugeben zu haben. Dasselbe hätten auch die Färbereibetriebe erklärt, als sie ihre Arbeit im Monat August aussparten, und daß haben sie noch weitere Zugeständnisse gemacht. Die Arbeiter würden sich daher auch jetzt nicht einlassen lassen. Noch jetzt haben die Fabrikanten den Anlaß der Industrie vorgeschlagen, wenn sie einige Pfennige Lohn mehr zahlen sollten. Es habe weniger die sächsisch-thüringische Textilindustrie unter der Schmachtkarte an anderer Fabrikbetriebe zu leiden, als vielmehr unglücklich andere Betriebe unter der Schmachtkarte der Gewerbetreibenden. Es wurde durch Gegenüberstellung von Lohn aus der gleichen Branche in anderen Bezirken bewiesen, daß hier weit niedrigere Löhne, auch nach dem neuen Tarif, gezahlt würden. Die Fabrikanten konnten sehr wohl höhere Löhne zahlen, wenn sie nur wollten. Ihre Absicht sei, eine Nachtprobe zu machen, um den Deutschen Textilarbeiterstand zu vernichten. Dem letzteren liegen bei der Lohnbewegung politische Absichten fern, die Organisation erstrebe nur einen angemessenen Lohn. — Es seien circa 950 Arbeiter in vier Betrieben; in Arbeit geblieben sind circa 950 Arbeiter in vier Betrieben; in Arbeit geblieben sind circa 140 bis 150 Arbeitwillige. Von den Fabrikanten wird versucht, die Arbeiter aus den Vorbereitungen als Streikbrecher an die Werkzeuge zu dirigieren. Die meisten habe diese Zustimmung zurückgewiesen, sie sollen daher mit ausgehert werden. — Der Weberverband will bekanntlich am Sonntag, den 23. d. M., die Betriebe schließen, aber er hofft, bis zum 2. November Arbeitwillige genug zu finden, um die Betriebe ordnungsgemäß weiterarbeiten zu können. In einigen Betrieben hat man den Arbeitwilligen versprochen, nach einem Streikjahr einen Zuschlag für die Zeit der Aussperrung nachzugeben. — Daß die Fabrikanten die Arbeiter in rachs wieder öffnen wollen, erst ist sich aus den beabsichtigten Aufträgen, die sie haben. Es ist demnach die Konjunktur günstig. — Es wurde beschlossen, die Forderungen, sich als Arbeitwillige herzugeben, entschieden zurückzuweisen.

Die Textilarbeiter wollen demnach den großen Kampf aufnehmen. Es ist ihnen zu glauben, wenn sie versichern, die Not gebiete ihnen unbedingt, einen höheren Lohn erstreben zu müssen.

Ueber die Tätigkeit unserer Genossen in den kommunalen Körperschaften kann man von Gegnern die widersprechendsten Urteile hören, je nachdem ob sie imstande sind, ohne parteipolitische Vorbehalten ein Urteil abzugeben oder ob ihnen der Postfaktor die Sinne so umtaubelt hat, daß es ihnen geht, wie dem bekannten Gaukler, das rot nicht sehen kann. Jetzt hat wiederum ein national-liberales Organ, die „Straßburger Post“ unsere Genossen im Straßburger Gemeinderat folgendes chrende Zeugnis ausgestellt: „Bei dieser Gelegenheit ziemt es sich auch für den unparteilichen und unbefangenen Beurteiler der Sachlage, der sozialdemokratischen Mehrheit des Gemeinderats und insbesondere dem Führer Böhle ein Wort der Anerkennung zu sagen. Wenn diese Herren Popularkritikhaber hätten treten wollen, so hätten sie nur die gesandete Mission abzuwickeln brauchen! Sie hätten sich allen durch diesen Beschluß eine billige Volksämlichkeit erworben. Denn in diesem Frühjahr und Sommer war in Straßburg nichts populärer, als für den Kanal und gegen die Regulierung einzutreten. War doch die Initiative für den Kanal von Kappelb, daß alle diejenigen, welche der Regulierung die Sprache hielten, persönlich verbächtigt wurden, sogar in der Presse. Der Unterstaatssekretär „beschloß Güter in Baden“; der Bürgermeister „nahm Rücksicht auf die Regulierung“; die „Straßburger Post“ „wird in Baden viel gelesen“; Herr Böhle „ist ein Badenfer von Geburt“ u. s. w. Die Sozialdemokraten brauchen dieser Stimmung nur nachzugehen, um einen reichen Fiskus an Popularkritik zu tun. Daß sie es nicht getan haben, gereicht ihnen zu großer Ehre.“ — Was hier die „Straßburger Post“ lobt, ist ja bei sozialdemokratischen Vertretern eine Selbstverständlichkeit, während bei manchen bürgerlichen Vertretern nicht nur Popularkritik für ihre Handlungen bestimmend ist, sondern noch viel schlimmere Dinge. Das zu konstatieren ist besonders im Hinblick auf die im November in Lübeck stattfindende Bürgerchaftswahl außerordentlich angebracht.

Als Reichstagskandidat für den Wahlkreis Schwaigurg, Sondershausen wurde in einer Sitzung der zuständigen Vertrauenspersonen der Genosse Rechtsanwalt Otto Laubberg, Stadtverordneter in Magdeburg proklamiert.

Die Königsberger Genossen haben am Sonntagvormittag nachdem sie 45 000 Flugblätter zu der am 23. und 24. Oktober stattfindenden Gewerdegewähl verbreitet hatten, den Genossin Dr. Gottschalk vom Gefängnis eingeholt. Bekanntlich war Dr. Gottschalk zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er sich in einer feststehenden Versammlung des Hausfriedensbrüchigen schuldig gemacht haben sollte. Man haben die Festsetzungen Königsbergs ihre Genehmigung; mögen sie fortfahren, auf diesem Gebiete noch weitere Erfolge zu erzielen; es ist des Schwefes aller Zeiten wert.

Für die kommenden Landtagswahlen in Hessen hat eine am Sonntag in Offenbach abgehaltene Konferenz der sozialdemokratischen Kreisvorsitzenden und Vertrauensmänner unter Hinzuziehung der Landtagsabgeordneten und Kandidaten einstimmig beschlossen, den Genossen des Landes zu empfehlen, überall, wo es möglich ist, eigene Landtagskandidaten und Wahlmänner aufzustellen; da, wo dies nicht möglich ist, sollten sie nur solche Wahlmänner bzw. Landtagskandidaten unterstützen, die sich verpflichten, für das allgemeine und kantelensfreie direkte geheime Wahlrecht einzutreten, im übrigen jedoch Wahlenthaltung üben.

Ein neuer sozialistischer Wahltag. Die Genossen von Toulouse (Frankreich), die erst kürzlich einen so glänzenden Sieg über die radikalsozialistischen Stadtherrschler davontrugen, haben einen neuen Erfolg errungen. Es fand eine Nachwahl für den Gemeinderat statt, bei der das Mandat des verstorbenen Deputierten und Bürgermeisters Gerres neu zu bestreiten war. Gewählt wurde der Kandidat der geeinigten sozialistischen Partei, Schriftföhrer Salandy mit über 12 000 Stimmen. Der offizielle Kandidat der radikalen Partei und der Gemeindegewähl erhielt 8800, ein radikaler Dissident 1500 Stimmen. Der Sieg, der durch ein Extrablatt des neugegründeten sozialistischen Tageblatts in der Stadt bekannt gemacht wurde, ist ungeheuren Jubel hervorgerufen.

anfangenden Streit des Mannes, den sie am meisten auf der Erde liebte — auf Sisyphus. —  
Er war es gewiss, der sie jetzt in San Francisco nachschickte, weil er, der ihre Liebe wieder und wieder zu dem ihr und sie unter dem Titel verfiel, und jetzt, wo sie sich ihm entgegen wagt, wo sie die wilden Berge, die sie ihm über Stunden hinweg, die sie, wie sie glaubt, zwischen ihr und dem Schicksal verdrängen, sind er plötzlich wieder vor ihr, klar und richtig, lieblich wie man je die Liebe hat, die sie jetzt und durch den Tod auf sie gewirkt, und was die Liebe ist, ist die Liebe, die sie jetzt zu verstehen.

das so gut und sag' ihm einmal, daß ihn ein alter Freund —  
„Sisyphus“ rief in diesem Augenblick Helton, der die Stimme schon lange gehört und erkannt hatte und in den hinteren Eingang des Hauses getreten war. „Da hier im Paradies?“  
„Das ist ein Platz, mein alter Varsch“, sagte Sisyphus, „wohin wir später oder früher alle einmal zu kommen müssen; je früher wir also da eintriften, desto besser für uns. Uebrigens habe ich Dir gute Nachrichten zu überbringen.“  
„Da mir?“ rief Helton rasch, und das Blut schoß ihm nach den Schläfen — „was mach' hier“, sagte er schnell weiter — „komm doch herum zu dem vorderen Eingang des Hauses“, er will Dir dort sprechen, und wir werden dann, so wie ich mich ausgehen habe, einen Spaziergang in's Freie machen.“  
„Es ist kein Geheimnis“, sagte Sisyphus, „daß ich gehe noch herum, und dort können wir dann das weitere besprechen.“  
Er wickelte Kamma zu und verstand, eben so rasch wie er gekommen, hinter dem Gitter, während Helton mit einer gewissen Art von Aufregung sein Hauptzimmer betrat, der Jägerstand vor zu begründen. Hatte er aber auch über den weichen Charakter derselben keine Meinung, so war es ihm doch, er wachte selber kaum weshalb, ein unangenehmes Gefühl, irgend einen Menschen hier anzutreffen, der ein oder die Seiten konnte. In diesem Moment, wo jeder die Handlung aufeinander Bergen hatte er geschloß. Still und unmerklich eine gewisse Handlung zu tun, und dann durch Ruhe und die reine Luft gekühlt sich nach dem Sandwüstenfeld zurück zu ziehen — vielleicht konnte er dann verhoffen, was ihm die Seele in den letzten Wochen und gedreht. Er trat hin, mit dem Namen, dem er in San Francisco sein Herz aufgeschloß, und die Möglichkeit wieder

entgegen, daß ein anderer — ein Gefürchteter — ihn eben so leicht hier würde auffinden können, und keine ganze Hoffnung von Sicherheit und Frieden, die er sich glücklich träumend aufgebaut, schien drohend über ihn zusammenzubrechen.  
„Guten Morgen, Helton“, sagte übrigens Sisyphus, als er ihm den Eingang geöffnet hatte, so unbefangenen und ruhig, als ob sie einander erst gestern Abend getroffen und nicht zufällig hier nach langen Wochen wieder zusammengekommen wären. „Wie geht Dir's hier oben? — Du siehst immer noch bleich und angegriffen aus. Nun, die Bergluft wird Dir bald wieder auf die Beine helfen. Frische Luft hier und ein produktives Klima in dem Kalifornien, das muß man ihm lassen, und wir haben da, das Gold noch in dem Kauf, mit dir so gar keinen schlechten Handel gemacht. Wahaha, die Senatoren werden jetzt suchen, daß wir ihnen das Gold vor der Nase weggeschafft, und sie hier die langen Jahre in dem Riß gefesselt haben, ohne auch nur die Spur davon zu merken.“  
„Und was hatteft Du mir zu sagen, Sisyphus?“  
„Ja, Wetter noch einmal, die Hauptsache hätte ich beinahe vergessen.“  
„Bezieht die Sache sich?“ — flüsterte Helton leise, indem er den Arm des Mannes fast kampfbahig faßt und festhielt.  
„Ja?“ — fragte dieser erregt — „ja ja, Du mußtst Deinen —“  
„Ja“ machte Helton — „nicht so laut — man hört hier jedes Wort.“  
„Nun, sei außer Sorgen, Mann“, sagte der Sprecher, „und gib endlich einmal die tolle Furcht vor jenen Dingen auf. — Und wenn er hierher käme —“  
(Fortsetzung folgt.)



Heute, Sonntag, Montag und Dienstag

# 4 große Restetage.

Zum Verkauf gelangen sämtliche aus allen Lägern sich angesammelten  
**Reste zu enorm billigen Preisen**  
 und sind dieselben auf Extra-Tischen ausgelegt.

- Reste** wollene, halbw. u. baumw. Kleiderstoffe
- Reste** in Waschstoffen für Mädchenkleider
- Reste** in Blaudrucks für Schürzen
- Reste** in Flanellen für Hemden und Hosen
- Reste** in Leinen und Halbleinen
- Reste** für bunte und weisse Bettbezüge
- Reste** in roten und gestreiften Inletts
- Reste** in Parchenden u. Velours
- Reste** in Wollgarnen u. s. w.  
zu selten dagewesenen Preisen.

Rote Lubeca-Marken werden gegeben.

## Hans Struve

Königstrasse 89. Lübeck. Ecke Wahnstrasse.  
Früher Harry Dahm.

## F. Meyer's Schuhwaren-Verkaufshaus

Süßstraße 118.

Großes Lager in Herren-, Damen- und Kinder-Fußzeug.  
 Solide Ausführung. Billigste Preise.  
 Eigene Reparatur-Werkstatt. — Ganz besonders mache auf  
 meine extra starken Dauersohlen aufmerksam.  
**Gebe grüne Rabattmarken.**

## BILLIG!

Streu-Zucker . . . . . Pfund 20 Pfg.  
 Große Heringe . . . . . 6 Stück 30 Pfg.  
 Beste grüne Seife . . . . . Pfund 18 Pfg.  
 Soda . . . . . 3 Pfund 10 Pfg.  
 sowie sämtliche Kolonial- und Fettwaren  
 zu billigsten Preisen.

**Peter Laubinger, Schwönekenquerstr. 11.**

**Uhren, Gold- u. Silberw.**  
 anerkannt billig bei  
**Ernst Gentzen**  
 Uhrmacher,  
 Königstraße 62, bei der Synag.

Gesunde mehlerichte  
**Futterkartoffel**  
 — 200 Pfund 3,00 Mark —

**Spethmann & Fischer**  
 Berkergrube 59.

**W. Rahfoth**  
 113 Untertrave 113  
 Wein u. Spirituosen aller Art  
 auch im Kleinverkauf  
 in anerkannt vorzüglicher Qualität  
 zu billigen Preisen

**Quartettverein Amicitia.**  
**General-Versammlung**  
 am Sonntag den 28. Okt.  
 im Vereinslokal, Saale, Johannisstr. 25.  
 Anfang abends 9 Uhr.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Anwesenheit, 2. Bericht, 3. Verschiedenes.  
 Der Vorstand.

**Geschäfts-Verlegung.**  
 Von heute ab befindet sich meine  
 **Rossschlachtere**   
**Reiferstraße Nr. 8.**  
 Für das mir bisher erwiesene Wohlwollen bestens dankend, bitte ich um ferneren geneigten  
 Zuspruch  
**Johs. Fischer, Reiferstraße 8.**  
 Gleichzeitig empfehle ich prima Suppenfleisch, ff. Bratenstücke u. verschiedene Wurstsorten.  
 Sonnabends von 5 Uhr an: **Seize Snackwurst.**  
 Johs. Fischer, Reiferstraße 8.

Nehme volle Bücher mit 5 und 10 Mk. in Zahlung.



Die grünen Marken gehen nicht ein. Die grünen Marken gehen nicht ein.

Wegen Ueberfüllung meines Lagers und mehrfachen Wünschen meiner Kunden entsprechend, gebe ich bis zum 31. dieses Monats

### doppelt grüne Rabattmarken.

Nehme volle Bücher in Zahlung mit 5 und 10 Mk.

## Wilh. Bartelt

Breitestrasse 39.

Sämtliche Manufakturwaren. Betten, Bettfedern u. Ausstener-Artikel. Herren- u. Knaben-Anzüge.

### Herren-Winter-Paletots

Herren- und Knaben-Lodenjoppen.  
 Große Auswahl in Schlaf- und Pierbedecken.

Nehme volle Bücher mit 5 und 10 Mk. in Zahlung.

**Schirmfabrik u. Hut-Bazar**  
 von 

**H. Stoppelman, Lübeck, Königstr. 73, Eingang Süßstr.**  
 empfiehlt ihre Fabrikate in

**Regenschirmen.**  
 Hüte und Mützen in großer Auswahl.  
**Neu! Neu! Pelzwaren, konkurrenzlos billig!**  
**Filiale: Schwartau, Markt 12.**

**Achtung Schmiede!**  
**Versammlung**  
 am Sonntag den 28. Oktbr.  
 abends 8 1/2 Uhr  
 im Vereinslokal, Johannisstr. 50 22  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Vortrag des Genossen Wiffell: „Partei und Gewerkschaft“.  
 2. Verhandlungsangelegenheiten.  
 3. Fragekasten und Verschiedenes.  
 Die Reden werden erjucht, recht zahlreich zu erscheinen.  
 Der Vorstand.  
**Neuer Frauenverein.**  
**Volksunterhaltung**  
 Sonntag den 29. Oktober  
 im „Konzerthaus Fünshausen“ (unten).  
 Spätbeginn 6 Uhr. Unterhaltungsabend 7 Uhr.  
 Eintritt 10 Pfa. — Ablosungs-Angebot.

**Norddeutsche Bierhalle.**  
 Johannisstraße 5.  
 ff. Eisbein mit Sauerkraut.  
**Boekwürste.**  
 Ausschank von ff. Adler-Bier.  
 Willy Volmer.

**Fachener Liedertafel.**  
**General-Versammlung**  
 am Sonntag den 29. Oktober  
 nachmittags 4 Uhr  
 im Vereinslokal F. L. Paetau.  
**Tages-Ordnung:**  
 1. Abrechnung. 2. Wahlen. 3. Verschiedenes.  
 Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Umgebung“ sowie der mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stilling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Umgebung“ sowie die mit P. L. gekennzeichneten Artikel und Notizen: Paul Böwig. — Druck: K. H. Schmidt & Co. — Druckerei in Lübeck.